

Infrastrukturpolitiken

Ökofeministische Perspektiven auf die sozial-ökologische Transformation des Green New Deal

Der „European Green Deal“ und ähnliche auf (Infrastruktur-)Investitionen orientierte Politiken zielen auf ein grünes Wachstum ab. Die Notwendigkeiten der Sozialen Reproduktion berücksichtigen sie jedoch nicht. Dies wäre aber eine Voraussetzung für eine Politik, die die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellt. [1]

Von Christine Bauhardt

Es ist allgemein bekannt, dass das Konzept des Green New Deal auf Franklin D. Roosevelts politisches Programm aus den 1930er Jahren zurückgeht, das darauf abzielte, Wachstum und Beschäftigung nach der Großen Depression durch staatliche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur der USA zu fördern. Entsprechend formulierte Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, im Dezember 2019 bei der Vorstellung ihres Plans für die Umstellung von Industrie, Technologien und Finanzsystem: „Der Europäische Green Deal ist unsere neue Wachstumsstrategie.“ Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und in energetische Gebäudesanierung sind Kernelemente dieses Wachstumsförderungsprogramms. Die finanzielle Förderung der Infrastrukturen dieser Sektoren soll eine große Zahl neuer Arbeitsplätze in innovativen Wirtschaftszweigen schaffen.

Von Feministinnen wird diese industriepolitische Weichenstellung schon lange kritisiert (vgl. Kuhl/Maier 2012; Bauhardt 2014): Es bedeutet die Verengung der sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft auf technische Innovationen und meist männerdominierte Sektoren unter Ausblendung der unter- und unbezahlten Sorgearbeit, die meist von Frauen geleistet wird.

Das erste Kapitel in Jeremy Rifkins Buch *The Green New Deal* trägt den Titel „It’s the Infrastructure, Stupid!“ (Rifkin 2019). Damit bezieht er sich ausschließlich auf technische Infrastrukturen: Wind- und Solarenergie zur Stromerzeugung, neue Wege für den Antrieb von Fahrzeugen, den Ausbau des Schienenverkehrs zur Sicherung der Mobilität und verbesserte Informations- und Kommunikationstechnologien. Es ist wenig erstaunlich, dass es sich bei diesen Sektoren um empirisch meist von Männern dominierte Berufe handelt, die auch sym-

bolisch sehr stark mit Männlichkeit assoziiert werden (vgl. Siemiatycki et al. 2019). Das auffälligste Merkmal ist die Verknüpfung von technischer Leistung mit bestimmten Bildern von Männlichkeit: mutige Innovationen, Kontrolle über die Natur und Kompetenz im Umgang mit technischen Artefakten. Der markige Untertitel des Buches von Rifkin, „Der kühne ökonomische Plan zur Rettung des Lebens auf der Welt“, bringt diese Hybris ohne jede Selbstironie auf den Punkt.

Aber was wären die Merkmale einer Wirtschaft, die anerkennt, dass die natürlichen Ressourcen endlich sind und gleichzeitig feministischen Forderungen nach Berücksichtigung der Care-Ökonomie und Geschlechtergerechtigkeit entspreche? Die Frage lautet also: Welche Kompetenzen, welche Arten von Arbeit braucht eine Gesellschaft, um Bedürfnisse von Menschen zu erfüllen? Was sind die Grundlagen für Leben und Wirtschaft, ohne die eine Gesellschaft nicht existieren kann?

Feministische Ökonomiekritik

Weder der Markt allein noch technische Innovationen können existenzielle Bedürfnisse befriedigen. Stattdessen werden die Grundbedürfnisse der menschlichen Existenz von Frauen befriedigt, oft unsichtbar, im sogenannten privaten Bereich der Sozialen Reproduktion oder in den Heil-, Erziehungs- und Pflegeberufen, deren gesellschaftliche Anerkennung von einem *peak* während der Corona-Pandemie wieder in die frühere Selbstverständlichkeit abgestürzt ist. Die Care-Ökonomie, also die Übernahme von Verantwortung für Menschen, die noch nicht oder nicht mehr in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen, ist der Dreh- und Angelpunkt der feministischen Ökonomiekritik.

Im Anschluss an die Analysen der Krisen des Kapitalismus – Krise der Überproduktion, Bankenkrise, Klima- und Umweltkrise – sprechen Stimmen in der feministischen Ökonomie von der Krise der Sozialen Reproduktion. Feministische Ökonominnen bezeichnen mit dem Begriff die Unterversorgung von menschlichen Bedürfnissen durch feminisierte Arbeit, die vor allem zeitaufwendig und den Rationalisierungsbestrebungen der kapitalistischen Produktionsweise nicht zugänglich ist – und im Prinzip auch nicht zugänglich sein sollte.

Gesellschaftliche Reproduktion wird sowohl unentgeltlich in Privathaushalten als auch – in der Regel gegen geringeres

Entgelt als in männerdominierten Branchen – über den Arbeitsmarkt geleistet. Zentrale Merkmale dieser Arbeitsfelder sind ihre Unaufschiebbarkeit, zwischenmenschliche Empathie, ein hohes Maß an Zuverlässigkeit, Engagement und ausreichend Zeit. Die „Krise der Sozialen Reproduktion“ ist Ausdruck davon, dass die Ausweitung der kapitalistischen Verwertungslogik auch die Sorgearbeit dem ökonomischen Imperativ der Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit unterworfen hat.

Pflegende wie Pflegebedürftige erleben die Krise der Sozialen Reproduktion in der Überlastung der für die Sorgearbeit verantwortlichen Personen. Unter den herrschenden Bedingungen geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung leistet die überwiegende Mehrheit der Frauen den weitaus größten Teil der unbezahlten familialen Arbeit.

Ein oft genutzter Ausweg aus der Überforderung durch die Reproduktionskrise ist die Delegation von Reproduktionsarbeit im eigenen Haushalt an Migrantinnen oder rassifizierte Frauen – auch bekannt als *global care chain* (Salazar Parreñas 2015). Dies ist ein Indiz dafür, dass trotz der langjährigen Debatte über die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung Männer ihren Anteil an der unbezahlten Sorgearbeit weitestgehend verweigern. Gleichzeitig perpetuiert die Verlagerung der Care-Arbeit auf statusniedrigere Frauen die symbolische Ordnung, nach der Frauen aufgrund ihrer potenziellen Gebärfähigkeit besonders geeignet seien, diese verantwortungsvollen und emotionsgeladenen Arbeiten zu übernehmen.

Feministische Ökonominen fokussieren die Soziale Reproduktion als Wirtschaftszweig, der ökonomisch (mindestens) gleichwertig und ebenso relevant ist wie die kapitalistische „produktive Erwerbsarbeit“ – produktiv, weil sie Waren und Mehrwert produziert. Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive werden Investitionen in die soziale Infrastruktur – etwa in Bildung, Betreuung oder Pflege – als Konsumausgaben angesehen, und unbezahlte Arbeit in privaten Haushalten, soweit sie überhaupt als Arbeit angesehen wird, als lediglich *reproduktiv* betrachtet. Diese Begriffe und die Prämissen, die sie beinhalten, sind Gegenstand einer lebhaften Debatte unter Feministinnen, auf die ich hier kurz eingehen möchte.

Dem Konzept der Reproduktion wurde schon früh von Feministinnen widersprochen: Warum sollte nur die Herstellung von Tauschgütern als „produktiv“ gelten, nicht aber die „Herstellung“ von Leben und die Aufrechterhaltung von Lebensprozessen? Weitergedacht: Warum gilt nur die Bearbeitung der Natur als produktiv, aber nicht die Natur als solche? Diese Fragen sind der Ausgangspunkt der ökofeministischen Analyse des Verhältnisses der Gesellschaft zur Natur im Kapitalismus. Diese verbindet die ökologische Kritik der Ausbeutung und Übernutzung natürlicher Ressourcen mit der feministischen Kritik an der Ausbeutung und gesellschaftlichen Aneignung der (unbezahlten oder unterbezahlten) Arbeit von Frauen in der Sozialen Reproduktion (Mellor 1997).

Es wird noch immer vielfach angenommen, dass Frauen „von Natur aus“ mit Pflegekompetenzen ausgestattet seien, die

nicht erlernt und entwickelt und daher auch nicht bezahlt werden müssen. Diese Kompetenzen werden selbstverständlich vorausgesetzt – und in der Tat könnte keine Gesellschaft, ob kapitalistisch oder nicht, ohne die gesellschaftliche Reproduktionsarbeit der Frauen überleben. Deshalb sind aus einer ökofeministischen Perspektive die Beziehungen der Gesellschaft zur Natur im Kapitalismus durch doppelte Machtverhältnisse gekennzeichnet: durch die Unterordnung und Ausbeutung der Natur und der Frauenarbeit, die gesellschaftlich und historisch zu einem Teil der Natur erklärt wurde.

Daher müssen Strategien für einen umweltverträglichen und sozial gerechten Übergang zu einem postkapitalistischen Zeitalter die geschlechtsspezifischen Machtverhältnisse in den Beziehungen zwischen Menschen und Natur berücksichtigen: „Central to feminist ecological economics is the normative claim that gender equality should not be achieved at the expense of ecological degradation or the exploitation of nature and other species and that environmental sustainability must not be achieved by exploiting feminised labour“ (Cohen/MacGregor 2020: 8).

Ökofeministische Analyse des Green New Deal

Der Wirtschaftsbereich der Care-Ökonomie, der bezahlte und unbezahlte Arbeit umfasst, wird in den Debatten um Programme wie den Green New Deal und ähnliche Infrastrukturprogramme ausgeblendet. Würde der Pflege- und Erziehungssektor auch unter der Leitidee der „öffentlichen Investitionen in die Infrastrukturpolitik“ diskutiert, dann müsste die Debatte ganz anders geführt werden. Denn der Ausbau der Versorgungsinfrastrukturen würde auch einen grundlegenden Wandel in der Organisation der postfossilen Ökonomie bedeuten.

Was aber würde aus der unbezahlten Sorgearbeit in den sogenannten privaten Haushalten? Hier liegt die grundlegende Schwäche des Green New Deal: Er konzentriert sich auf den öffentlichen Sektor des Wirtschaftens; die „eigenen vier Wände“ und die dort geleistete Arbeit bleiben, wie in traditionellen ökonomischen Debatten und Theorien, unberücksichtigt. Die steigende Beteiligung von Frauen der Mittelschicht am Arbeitsmarkt hat bisher nicht dazu geführt, dass sich Männer und Frauen die unbezahlte Hausarbeit teilen. Da diese jedoch erledigt werden muss, wurde und wird die Haus- und Pflegearbeit in den Haushalten der Mittelschicht auf Migrantinnen, rassifizierte und/oder marginalisierte Frauen verlagert. Dieser Prozess wird als „globale Versorgungskette“ bezeichnet (s. o.) und ist aus feministischer Perspektive hoch umstritten. Aus einer intersektionalen Perspektive ist der Green New Deal deshalb besonders kritisch zu sehen, weil er sich auf den öffentlichen Bereich beschränkt und die Machtverhältnisse im Privaten unangetastet lässt.

Die ökofeministische Sichtweise betrachtet die Gesamtheit der wirtschaftlichen Aktivitäten zur Befriedigung menschli-

cher Bedürfnisse, unabhängig davon, ob sie bezahlt oder unbezahlt und öffentlich oder privat organisiert stattfinden. Diese Perspektive ermöglicht es, andere Wege zur Befriedigung dieser Bedürfnisse wahrzunehmen und ändert auch die Sichtweise, die ein Green New Deal einnehmen muss: die Abkehr von der technokratischen Ausrichtung und Hinwendung zu einer Lebens- und Produktionsweise, die sowohl den Menschen als auch der Natur gerecht wird.

Was würde dies für das Konzept des Green New Deal bedeuten? Die Infrastrukturpolitik, die im Zentrum der Debatte steht, muss sowohl technische als auch soziale Infrastrukturen umfassen. Sie funktionieren nach unterschiedlichen Logiken und folgen unterschiedlichen ethischen Orientierungen. Die Logik der technischen Infrastrukturen ist die der Rationalisierung, der Beschleunigung und der Beherrschung der Natur. Ihre Orientierung ist nicht normativ-ethisch, sondern funktionalistisch. Man muss diese Logiken und Orientierungen nicht zwangsweise „männlich“ nennen, aber sie haben einen androzentrischen Gehalt, weil sie die Bedürfnisse der Sozialen Reproduktion außer Acht lassen oder absichtlich ignorieren.

Die sozialen Infrastrukturen für die Erziehung und Betreuung von Kindern und Menschen, die vorübergehend oder dauerhaft krank, pflegebedürftig oder alt sind, folgen ganz anderen Logiken und normativen Orientierungen – oder sollten es zumindest, wenn die dort geleistete Arbeit erfolgreich sein soll. Die Logik und die Ethik der Sorge sind Maßstab, wo es um Lebewesen und nicht um technische Artefakte geht, wo Zeitwohlstand statt Beschleunigung gefragt ist und wo die natürlichen Rhythmen des Werdens, Wachsens und Vergehens handlungsleitend sind beziehungsweise sein sollten. Auch diese Logik ist nicht unbedingt als „weiblich“ zu identifizieren, aber sie scheint sich immer wieder zu reproduzieren entlang der symbolischen Ordnung und Hierarchie der Geschlechterkonstruktion.

Ökofeministische politische Ökonomie jenseits von grünem Wachstum

Ein grundlegendes Problem des Green New Deal besteht darin, dass er eine Strategie zur Förderung des Wirtschaftswachstums ist, wie es die Präsidentin der Europäischen Kommission betont, die eingangs zitiert wurde: Der Green New Deal fördert Infrastrukturen für grünes Wachstum. Das bedeutet, dass dieser Politikansatz den Wachstumsimperativ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht infrage stellt. In der Tat wird Wachstum als das Allheilmittel für die jüngste kapitalistische Krise angesehen.

Infrastrukturpolitik schafft die Voraussetzungen für Wirtschaftstätigkeit, die das Kapital weder bereit noch in der Lage ist, selbst bereitzustellen. Infrastrukturen sind für das Funktionieren kapitalistischer Gesellschaften unerlässlich.

Die Frage stellt sich, ob eine Infrastrukturpolitik vorstellbar ist, die nicht auf Wirtschaftswachstum, sondern auf die Erhaltung, Reparatur und Erneuerung des Bestehenden ausgerichtet ist – mit anderen Worten eine Politik, die weder die be-

stehende kapitalistische Verwertungslogik weiter fördert, noch romantische Vorstellungen von einer vorindustriellen und vor-modernen Welt verfolgt.

Dementsprechend nehmen meine Vorstellungen für einen Green New Deal mit einer intersektionalen und geschlechtergerechten Ausrichtung die Bedürfnisse der Sozialen Reproduktion zum Ausgangspunkt. Die Logik der Infrastrukturpolitik muss sich dann an den ethisch-normativen Orientierungen der Sozialen Reproduktion ausrichten. Die Dichotomisierung der androzentrisch-funktionalistischen Rationalität in der Technikentwicklung einerseits und einer implizit als „weiblich“ identifizierten Care-Ethik muss durch eine Politik überwunden werden, die die Bedürfnisse von Menschen in den Mittelpunkt stellt – ohne zusätzlichen Ressourcenverbrauch und weitere Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen. Globale Geschlechtergerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern ergänzen sich, wenn sie als Einheit begriffen werden.

Anmerkung

[1] Der Text ist eine aktualisierte Fassung des Vortrags, den die Autorin am 20.09.2020 online bei der Jahrestagung des IÖW „Zeitenwende 2020 – Wird diesmal alles anders?“ gehalten hat.

Literatur

- Bauhardt, C. (2014): Solutions to the Crisis? The Green New Deal, Degrowth, and the Solidarity Economy: Alternatives to the Capitalist Growth Economy from an Ecofeminist Economics Perspective. In: *Ecological Economics* 102: 60–68. DOI: 10.1016/j.ecolecon.2014.03.015
- Cohen, M./MacGregor, S. (2020): Towards a Feminist Green New Deal for the UK. A Paper for the WBG Commission on A Gender-Equal Economy. www.wbg.org.uk
- Kuhl, M./Maier, F. (2012): The Gender Dimensions of the Green New Deal – An Analysis of Policy Papers of the Greens/EFA New Deal Working Group. Berlin, The Greens/EFA Group in the European Parliament.
- Mellor, M. (1997): *Feminism & Ecology*. New York, New York University Press.
- Rifkin, J. (2019): *The Green New Deal: Why the Fossil Fuel Civilization Will Collapse By 2028, and the Bold Economic Plan to Save Life on Earth*. New York, St. Martin's Press.
- Salazar Parreñas, R. (2015): *Servants of Globalization: Migration and Domestic Work*. Stanford, Stanford University Press. DOI: 10.1515/9780804796187
- Siemiatycki, M./Enright, T./Valverde, M. (2019): The Gendered Production of Infrastructure. In: *Progress in Human Geography* 44/2: 297–314. DOI: 10.1177/0309132519828458

AUTORIN + KONTAKT

Prof. Dr. Christine Bauhardt ist Leiterin des FG Gender und Globalisierung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Politikwissenschaftlerin und Raumplanerin arbeitet zu feministischer Ökonomie, globaler Umweltpolitik, zu gesellschaftlichen Naturverhältnissen und Gender.



Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien & Lebenswissenschaftliche Fakultät an der Humboldt Universität zu Berlin, Hannoversche Str. 27 (Haus 12), 10115 Berlin. E-Mail: christine.bauhardt@gender.hu-berlin.de